

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 88 846 pabn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Cornelle Sonntag
MdB zum systemati-
schen Mißbrauch der
Asylproblematik durch
die Union: Kalkulierte
Angstmacherei.

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein
MdB zu den vordringli-
chen ökologischen
Aufgaben für das Ent-
scheidungsjahr 1992:
Vier Kernforderungen
an die Umweltpolitik.

Seite 3

Dokumentation

Abschied eines Politi-
kers: Der langjährige
deutschlandpolitische
Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion
Hans Büchler, der dem
Bundestag seit 1971
angehört, hat zu sei-
nem 52. Geburtstag
mitgeteilt, daß er seine
politische Laufbahn mit
dieser Legislaturpar-
ode abschließen wird.
Begründung

Seite 5

47. Jahrgang / 26

6. Februar 1992

Kalkulierte Angstmacherei

Zum systematischen Mißbrauch der Asylproblematik durch die Union

Von Dr. Cornelle Sonntag MdB

Ahnen konnte man es längst, Anhaltspunkte gab es genug, nun ist es dokumentarisch belegt: jeweils vor Wahlterminen benutzt die CDU und CSU das Thema "Asyl" zum systematischen Spiel mit der Angst. Ein unterschwellig, stets akutes Problem, das viele Menschen bewegt, wird dann zur Panikmache mißbraucht.

Diese menschenverachtende Praxis hat eine unselige Tradition. Das belegt die Studie, die der SPD-Partei Vorstand unter dem Titel "Der Mißbrauch" soeben veröffentlicht hat. Die Beispiele reichen weit in die achtziger Jahre zurück. Das Strickmuster ist stets das gleiche: besonders vor Landtags- und Kommunalwahlen wird mit diffamierenden Begriffen per Zeitungsinserat, Flugblatt oder Plakat der Haß gegen Flüchtlinge und Zuwanderer geschürt. Mit Zahlen, Warnungen, dramatischen Appellen wird gezündelt. Beliebtestes Mittel der Verhetzung ist dabei das Jonglieren mit der Furcht vieler Bürger, das Flüchtlingsproblem könnte ihnen ans eigene Portemonnaie gehen.

Ebenfalls häufig verwandte Praxis: sich ausländerfeindlich gebärden, zugleich aber klarmachen, warum Asylbewerber im eigenen Umkreis nichts zu suchen hätten. "Wir haben nichts gegen Ausländer. Nur ist in unserem Dorf kein Platz", sagte Hartwig Mammen, Ratsherr aus Roggenstede, während des niedersächsischen Kommunalwahlkampfes im vergangenen September. Wilhelm Schmans, stellvertretender Bürgermeister von Jesteburg, wurde deutlicher: "Dieses Zeug muß hier weg."

Deutliche Signale dieser perfiden Technik gab es erstmals im Verlauf der bayerischen Landtagswahlen 1986. Damals stellte die CSU das Thema "Asyl" aggressiv in den Vordergrund. "Der Asylantenstrom muß gekippt werden", ereiferte sich Helmut Kohl am 13. Januar 1986 in der "Bild-Zeitung". Im März 1989 züchtete die CDU in Hessen Neidkomplexe: "Schon jede vierte Mark von unserem Sozialhaushalt müssen wir für Asylbewerber ausgeben", lautete der Slogan für die Kommunalwahl. Zur gleichen Zeit sekundierte Staatssekretär Carl-Dieter Spranger (CSU) in einer Mitteilung des Innenministeriums: "Die betrügerische Erschleichung mehrfacher Sozialhilfeleistung durch Asylbewerber wird immer gravierender. Der Zustrom von Scheinasylanten wird damit immer mehr auch zu einem Problem der Inneren Sicherheit."

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Freiwilliger Beitrag
zur sozialen Rohstoff-
Recycling-Papier



Die Kampagnen liefen übrigens ohne Rücksicht auf die tatsächliche Entwicklung der Asylbewerber-Zahlen. So bediente sich die CSU des Themas auch im Europa-Wahlkampf im Juni 1989 - zu einer Zeit, als die Zahl der Zuwanderer nach Bayern in einem einzigen Monat um 22 Prozent abnahm!

Sowohl bei den Landtagswahlen im Saarland im Januar 1990 als auch in Bayern im Herbst desselben Jahres spielten die Unionsparteien wiederum auf der Klaviatur der Angst vor Fremden. Über örtliche Entgleisungen mancher Kommunal- und Landespolitiker reicht diese Politik längst hinaus. Spätestens Volker Rühle hat uns im September 1991 die ausgeklügelte Methodik vor Augen geführt, als er mit einer internen Mitteilung die Untergliederungen seiner Partei aufrief, die Asylpolitik auf allen Ebenen zum Gegenstand polemischer Auseinandersetzungen zu machen.

Argumentationshilfen und Muster-Presseerklärungen wurden für den Gebrauch vor Ort gleich mitgeliefert. So sollte per Fragebogen jeweils ermittelt werden, ob Asylsuchende etwa in Hotels untergebracht würden und welche Kosten der einzelnen Kommune entstünden. Das hat mit Datenerhebung nichts mehr zu tun. Das ist generalstabsmäßig kalkulierter Aufbau feindseliger Gefühle. Wer um diese Technik des CDU-Generalsekretärs weiß, den wundern auch nicht mehr seine jüngsten Warnungen an den Bund, freiverdende Kasernen als Gemeinschaftsunterkünfte bereitzustellen - es könnte ja zu einer Beruhigung der Atmosphäre beitragen, und eben daran ist der CDU vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg mitnichten gelegen.

"Scheinasylanten", "Mißbrauch", "Gefahr", Anschwellen des Stromes", "Schaden für die innere Sicherheit". Die Chiffren sind allesamt angstbesetzt und in der sprachlichen Behandlung des Problems leider wohlvertraut. Auch die Diktion des ehemals als moderat eingestuften Wolfgang Schäuble speist sich immer mehr aus diesen dramatischen Untertönen. Da ist in einer Erklärung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden von Zustrom die Rede, dessen "rasches Steigen" die Menschen "bedrängt". Da spricht er mehrfach von "unkontrollierter" Zu- oder Einwanderung.

Um eines klarzustellen: Politische Kampagnen gehören zur Auseinandersetzung zwischen den Parteien. Zuspitzung ist vor Wahlen üblich und legitim. Hier aber geht es um etwas anderes. Mit starken Worten wird gegen eine schwache Minderheit geknüpelt; mit den verständlichen Sorgen vieler Menschen um ausreichend Wohnraum und Arbeit Schindluder getrieben. Klar, daß die CDU/CSU in dem Asylthema die Chance wittert, von eigenen, schweren Versäumnissen, von Mangel an Perspektiven und von massiven Fehlern - Steuerlüge, Wahlbetrug, Misere der ehemaligen Blockparteien in Ostdeutschland - abzulenken. Sie riskiert mit dieser üblen Methode, daß gewalttätige Gruppen Morgenluft wittern. Sie schürt den Haß auf Menschen anderer Hautfarbe und Religionen, um anschließend Überfälle auf Ausländerheime zu beklagen.

Fazit der Studie: "Wir werden Brandstifter Brandstifter nennen und ihnen nicht erlauben, sich als Feuerwehr auszugeben."

(-/6. Februar 1992/rs/ks)

**Vier Kernforderungen an die Umweltpolitik
Zu den vordringlichen ökologischen Aufgaben für das Entscheidungsjahr 1992**

**Von Dr. Liesel Hartenast MdB
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages**

Das Jahr 1991 war für den Umweltschutz ein verlorenes Jahr. Der Bundesumweltminister hat der Öffentlichkeit zwar eine breite Palette von Ankündigungen präsentiert, bis heute hat er aber - mit Ausnahme der Verpackungsverordnung - nichts umgesetzt. Wie eine riesige Bugwelle schiebt er ein Bündel uneingelöster Versprechen vor sich her: schadstoffbezogene Kraftfahrzeugsteuer, verbesserte Wärmeschutzverordnung, Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes, neues Abfallgesetz, Bodenschutzgesetz - die Liste ließe sich beliebig verlängern. Bis zum heutigen Tag liegt kein einziger beratungsreifer Gesetzentwurf auf dem Tisch.

Inzwischen spitzt sich die Umweltkrise dramatisch zu; der Handlungsdruck wird national wie international immer stärker. In mindestens vier zentralen Bereichen wird das Jahr 1992 zum Entscheidungsjahr werden:

- beim Klimaschutz
- in der Verkehrspolitik
- in der Abfallwirtschaft
- bei der Vorbereitung des EG-Binnenmarkts.

Klimaschutz:

Wer die Ernsthaftigkeit der Bedrohung durch den Treibhauseffekt bisher noch unterschätzt haben sollte, muß spätestens seit der Mitte Januar durchgeführten Anhörung der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" seine Meinung revidieren. Die aktuellen Erkenntnisse der Wissenschaft lassen keinen Zweifel daran, daß die Klimaänderungen bereits in vollem Gange sind und die Zeit zum Gegensteuern mit jedem Tag kürzer wird. Schon Mitte des nächsten Jahrhunderts seien Klimaumbrüche von großer Intensität zu erwarten, warnte der renommierte Klimawissenschaftler Professor Flohn von der Universität Bonn.

Da immer offenkundiger wird, daß internationale Abkommen wie die mit der UNCED-Konferenz in Rio (Juni 1992) angestrebte Weltklima-Konvention bestenfalls zu einem Minimalkonsens führen werden, verlagert sich der Handlungsdruck auf die nationale Ebene, voran auf die Industrieländer, die als Großverbraucher von Energie auch Hauptverursacher des Treibhauseffekts sind.

Die Bundesregierung muß sich messen lassen an dem hochgesteckten Ziel, das sie sich mit ihrem Kabinettsbeschuß vom 17. November 1990 gesetzt hat. Danach will sie "die CO₂-Emissionen im bisherigen Bundesgebiet um 25 Prozent und in den neuen Bundesländern um einen deutlich höheren Prozentsatz bis zum Jahr 2005 verringern." Soll dies kein Lippenbekenntnis bleiben, dann sind im Entscheidungsjahr 1992 eine Reihe von Maßnahmen fällig, die nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden dürfen. Dazu gehören:

- ein massives Energieeinsparungsprogramm im Wohnungsbau und bei der Gebäudesanierung. Allein mit einer guten Wärmedämmung und moderner Heiztechnik könnte der Energieverbrauch bei der Raumheizung um bis zu 50 Prozent reduziert werden. Eigentümer und Mieter sparen erhebliche Kosten. In den neuen Bundesländern sind 90 Prozent der Gebäude ohnehin sanierungsbedürftig; was liegt näher, als bei den sowieso nötigen Renovierungs- und Umbauarbeiten gleichzeitig einen optimalen Wärmeschutz durchzuführen und damit eine Minimierung des Energieverbrauchs zu erreichen? Öffentliche Fördermittel wären dafür gut angelegt
- die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes mit dem Ziel, endlich verbindlich lineare Tarife einzuführen und nicht mehr den Mehrverbrauch von Strom zu belohnen, sondern den Minderverbrauch. Außerdem müssen für die kommunalen Energieversorgungsunternehmen zusätzliche Handlungsräume eröffnet werden

- ein umfassendes Förderkonzept für erneuerbare Energien, voran für die Solarenergie. Hier ist der Forschungsminister gefragt. Im Haushalt 1992 hat er aber die Mittel dafür gekürzt: für die Solarenergie ist nur ein Zehntel der Summe vorgesehen, die zum Beispiel die Raumfahrt erhält. Dieser Weg führt nicht in eine neue Energiezukunft.

Verkehrspolitik:

Das Jahr 1992 wird auch für die Verkehrspolitik zum Entscheidungsjahr. Bis zum Sommer soll die Erstellung des ersten Gesamtdeutschen Bundesverkehrswegeplans abgeschlossen sein. Er wird zeigen müssen, ob die Bundesregierung den Mut und den Weitblick hat, neue Schwerpunkte zu setzen: Priorität für ein leistungsfähiges modernes Schienennetz und für den Ausbau des ÖPNV anstelle der bisherigen einseitigen Dominanz des Straßenbaus. Ein Schnellbahnsystem, konzipiert für Personen- und Gütertransport auf lange Strecken, muß das Rückgrat eines Verkehrskonzepts der Zukunft sein.

Die Prognosen des Bundesverkehrsministers für den Straßengüterfernverkehr bis 2010 übertreffen alle bisherigen Erwartungen und haben Horrorqualität. Einige Beispiele für den erwarteten Zuwachs:

- grenzüberschreitender Verkehr alte Länder + 69 Prozent
- grenzüberschreitender Verkehr neue Länder + 381 Prozent
- Transitverkehr durch alte Länder + 94 Prozent
- Transitverkehr durch neue Länder + 130 Prozent.

Die Verkehrssteigerung zwischen alten und neuen Ländern soll nach diesem - als wahrscheinlich bezeichneten! - Szenario + 792 Prozent betragen, sich also verachtfachen. Das halten unsere Straßen nicht aus, das hält unsere Umwelt nicht aus, das halten die Menschen nicht aus!

Schienen sind Straßen der Vernunft - sie müssen einen beträchtlichen Teil des Schwerlastverkehrs von der Straße übernehmen und außerdem den Luftraum entlasten durch Ersatz der Kurzstreckenflüge. Hier ist die Politik gefordert, endlich neue Rahmenbedingungen zu setzen, die auch die externen Kosten des Straßenverkehrs in die Gesamtrechnung einbeziehen.

Abfallwirtschaft:

Der Müllnotstand in den Kommunen und Landkreisen ist längst ein Faktum. Bis Mitte der 90er Jahre wird in den alten Bundesländern die Kapazität von 60 Prozent der zur Zeit betriebenen Deponien erschöpft sein. In den neuen Ländern hat sich seit der Vereinigung das Abfallaufkommen um den Faktor 3 erhöht. Der Wohlstandsmüll türmt sich, inklusive Einwegbehältern und Verpackungsluxus, auch dort zu Bergen.

Zwar haben viele Kommunen von sich aus erhebliche Anstrengungen unternommen, um den Entsorgungsnotstand zu mildern: durch Einrichtung von Recyclinghöfen, Bau von Kompostierungsanlagen, Getrennsammlung von Wertstoffen, Einführung mengenabhängiger Tarife u.ä. mehr. Aber für den entscheidenden Durchbruch in Richtung Abfallvermeidung fehlen bis heute die Rechtsgrundlagen. Ein neues Abfallgesetz ist deshalb überfällig. Es muß unter anderem folgende Eckpunkte enthalten: einen klaren Prioritätenkatalog, der die Abfallvermeidung als oberstes Gebot festschreibt, eine Ermächtigung zum Verbot umweltschädlicher Stoffe und abfallintensiver Verpackungen, den Aufbau einer flächendeckenden Recyclingwirtschaft sowie eine Verpflichtung zur Produktionsverantwortung des Herstellers, das heißt zur Berücksichtigung der Wiederverwertungs- und Entsorgungsmöglichkeiten schon bei der Gestaltung der Produkte. Die Abfallwirtschaft wird zum Testfall für eine ökologische Erneuerung; sie muß gezielt die Stoffkreisläufe zu schließen suchen durch Minimierung des Rohstoffeinsatzes und des Energieverbrauchs, durch Reduzierung der Umweltbelastung und durch weitestgehende Wiederverwertung der Altstoffe. Hier ist die Einstiegstelle zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem, das dem Raubbau und der Verschwendung ein Ende setzt.

EG-Binnenmarkt:

Es ist ein offenes Geheimnis, daß der für den 1. Januar 1993 geplante EG-Binnenmarkt in seiner Grundstruktur eindeutig ökonomisch-technokratischen Prinzipien folgt. Vorrangig angestrebt wird eine Erhöhung der Wachstumsraten, die betriebswirtschaftliche Kostenminimierung durch Massenproduktion, eine Konzentration der Produktionsstätten (mit der Folge der Verlängerung der Transportwege), eine noch stärkere Spezialisierung, zum Beispiel auch in der Agrarproduktion. Bezeichnend für die Vorherrschaft dieser Denkweise ist, daß als durchschlagender Beweis für die Notwendigkeit des Binnenmarktes stets die Schlußfolgerung des Cecchini-Berichts zitiert wird, wonach die Kosten der Nicht-Verwirklichung des Binnenmarktes pro Jahr 400 Milliarden DM betragen würden. Mit anderen Worten: 400 Milliarden könnten also eingespart werden. Die Frage ist nur: wem kommen diese 400 Milliarden zugute? Den Unternehmen, den Ex- und Importeuren oder den Arbeitnehmern und Verbrauchern? Noch weniger wird diskutiert, daß die scheinbar so glänzende Medaille Binnenmarkt auf der anderen Seite ein großes soziales und umweltpolitisches Konzeptdefizit aufweist. Allein die Prognosen für das Anwachsen des grenzüberschreitenden LKW-Verkehrs und den gewaltigen Anstieg des Luftverkehrs (um rund 100 Prozent bis zum Jahre 2000) müßten alle ökologisch sensibilisierten Zeitgenossen auf die Barrikaden treiben. Viele Weichen wurden bereits gestellt, und sie wurden falsch gestellt. Die Vorgaben der Einheitlichen Europäischen Akte von 1987, die eine Harmonisierung der Umweltbestimmungen "auf hohem Niveau" (Artikel 100, Absatz 3) verlangen, finden kaum Niederschlag in den bisherigen Richtlinienentwürfen und Verordnungen. Die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes birgt die Gefahr, zu einem ökologischen Desaster zu geraten, wenn nicht schnellstmöglich gehandelt wird. Notwendig ist das Transparentmachen der Risiken und eine ökologische Korrektur zahlreicher Brüsseler Entwürfe und Vorgaben. Von zentraler Bedeutung wird dabei auch ein neuer, an die Wurzel gehender Reformansatz der EG-Agrarpolitik sein.

Der gemeinsame Markt für 340 Millionen Menschen soll Verbesserungen für viele bringen und nicht Profite für wenige. Auch hierfür wird 1992 das Jahr defintiver Entscheidungen sein, die weit ins nächste Jahrtausend hineinwirken.

(-/6. Februar 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Abschied eines Politikers

Der langjährige deutschlandpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Hans Büchler, der dem Bundestag seit 1971 angehört, hat zu seinem 52. Geburtstag mitgeteilt, daß er seine politische Laufbahn mit dieser Legislaturperiode abschließen wird. Diesen für einen Politiker seines Alters ungewöhnlichen Schritt hat der aus dem obertränkischen Hof kommende Hans Büchler in seiner Mitteilung begründet. Der Wortlaut:

Nachdem ich in den vergangenen Tagen die zuständigen Gremien meiner Partei davon informiert habe, daß ich nicht mehr als Unterbezirksvorsitzender kandidieren werde und auf eine weitere Nominierung für den Deutschen Bundestag verzichte, möchte ich wenigstens dem interessierten Teil der Öffentlichkeit und meinen bisherigen Wählern und Wählerinnen mitteilen, welche Gründe ich für diesen Schritt habe:

1. Bundestagsabgeordneter zu sein, das heißt auch, sich für viele berechnete Interessen anderer einzusetzen. Wenn man das über 20 Jahre gemacht hat, dann spürt man, wie das Öffentliche auf Kosten des Privaten immer und überall an erster Stelle steht. Jetzt möchte ich endlich in dem Ausmaße bei meiner Familie sein, wie ich das bisher nicht konnte.

2. Ein vielfach zitierter Vorwurf gegen die Abgeordneten ist der, daß sie zu lange an ihren Sesseln kleben. Ich möchte gehen, bevor man mich zum Gehen auffordert. Nach Macht gelüftet mir nicht, es ist eher die vertraute Routine, die den Abschied schwer macht. Das jedoch darf kein Grund sein, zu bleiben. Das Gefühl überwiegt zudem, daß es gut sein wird, wenn neue Leute mit neuen Ideen meine Arbeit fortführen werden.
3. Mein größter politischer Erfolg in den letzten Jahren brachte mir gleichzeitig den immer drängender werdenden Wunsch nach einem rechtzeitigen Rückzug. Als deutschlandpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion habe ich in vorderster Front mitgestaltet und miterleben dürfen, wie sich unser großer Traum der deutschen Einheit verwirklichte. Es versteht sich eigentlich von selbst, daß ich heute mein politisches Leben an dieser einen einzigartigen Aufgabe messe und nichts Gleichwertiges mehr für mich entdecke.
4. Obwohl ich seit 1971 im Deutschen Bundestag bin, fühle ich mich heute noch nicht so alt und verbraucht, daß ich mit meinen nunmehr knapp über 50 Jahren nicht noch einmal etwas Neues beginnen könnte. Ein für mich faszinierender Lebensabschnitt ist bald zu Ende. Ich freue mich auf den nächsten und andere berufliche Aufgaben, trotz derer es möglich sein sollte, einmal ohne Zeitdruck und das permanent schlechte Gewissen eines Abgeordneten - die tägliche Frage: habe ich wirklich genug getan?, kann man auch nach 16 Stunden in diesem Job nicht beantworten - in aller Ruhe mit Freunden ein Bier zu trinken.

Den oberfränkischen Menschen habe ich immer gerne, egal in welcher Weise, geholfen, ihre Heimat ein Stück lebenswerter zu machen. Viele in der sozialliberalen Regierungszeit verwirklichte Projekte zeugen davon. Wenn ich bald kein Abgeordneter mehr sein werde, und der eine oder andere von mir sagen sollte, daß ich das so leidlich gemacht habe, dann wäre ich schon zufrieden. Ich habe mich jedenfalls bemüht. Es versteht sich von selbst, daß ich mit allen meinen Kräften bis zum voraussichtlichen nächsten Wahltermin für den Deutschen Bundestag, d.h. bis Ende 1994, für Oberfranken und seine Menschen weiterhin als Abgeordneter mein Bestes gebe. Wenn alles nach meiner Lebensplanung verläuft, kann ich dann hoffentlich ab 1995 in anderer Art und Weise für die Entwicklung unserer Heimat weiterarbeiten.

(-/6. Februar 1992/rs/ks)
